

DIESE GRÜNEN!

In aller Munde:

Schulmittagessen auch für ärmere Kinder

Kinder an Ganztagschulen bekommen mittags ein warmes Essen. Ärmeren Kindern hat die Stadt das Essen bezahlt. Aber seitdem CDU und SPD Ende letzten Jahres beschlossen haben, ihnen diesen Zuschuss zu streichen, sehen viele von ihnen ihren Mitschülern beim Essen nur noch zu. Ihre Familien können sich die Extra-Kosten einfach nicht leisten.

Vor wenigen Tagen bekamen es die Wuppertaler Kommunalpolitiker sogar von der CDU-geführten Landesregierung schwarz auf weiß präsentiert: Ihre Entscheidung war offenbar keine gute Idee. Mit dem Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ macht die Landesregierung selbst deutlich, dass das Schulmittagessen ein wesentlicher Bestandteil der Ganztagschule ist, von dem niemand ausgeschlossen werden sollte.

Auch wenn das Programm der Landesregierung unterfinanziert ist, auch wenn bei diesem Programm nach wie vor die betroffenen Familien etwas zuzahlen müssen, was viele von ihnen nur schwer können werden, auch wenn vieles nicht geklärt sind, so ist dieses Programm doch ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die GRÜNEN fordern, dass der Rat der Stadt Wuppertal sich so schnell wie möglich an dem Landesprogramm beteiligt, damit auch die Schülerinnen und Schüler aus ärmeren Familien in den Ganztagschulen wieder ein warmes Essen erhalten. Gleichzeitig muss das Land nachbessern: Wir fordern, den Eigenanteil der Familien zu streichen und das Landesprogramm mit mehr Landesmitteln auszustatten, so dass der Bedarf in den Städten auch wirklich gedeckt werden kann. Unverständlich ist auch, dass das Landesprogramm auf zwei Jahre begrenzt ist. Und danach?



„Protesttag des Butterbrotes“ am 03.09.2007, direkt vor der Sitzung des Rates Auf Einladung der Initiative Schulmittagessen versammelten sich ca. 1.000 SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern auf dem Johannes-Rau-Platz. Mit Aktionen, Spruchbändern und Liedern machten sie sich stark für ein kostenloses Mittagessen für alle Schulkinder.



Mittelfristig gibt es in der Frage des Schulmittagessens nur einen Weg: Das Land muss das Schulessen für alle Kinder zum unverzichtbaren Bestandteil des Lebens an der Ganztagschule erklären. Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass Land und Stadt dieses Essen für Kinder aus bedürftigen Familien verlässlich bezahlen.

Hartz IV

Mehr Geld für gesunde Kinderernährung!

Gerade mal 2,57 Euro am Tag stehen jedem Kind, das von Hartz IV lebt, für Essen und Trinken zu. Das sind pauschal 60 Prozent des Erwachsenen-Regelsatzes, Jugendliche bekommen 80. Dass dieser Betrag hinten und vorne nicht ausreicht, belegt eine Studie des Forschungsinstituts für Kinderernährung an der Universität Bonn. Wissenschaftler haben in Supermärkten und Discountern eingekauft, Preise verglichen und die Kosten für eine gesunde Mischkost über den Tag berechnet. Ergebnis: Nur vier- bis sechsjährige Kinder sind von den 2,57 Euro satt zu bekommen – allerdings auch nur beim Discounter. Wer in anderen Supermärkten zugreift (3,86 Euro), hat zuwenig. Werden die Kinder älter, kommt man mit dem Satz gar nicht mehr aus: Ein Fünfzehnjähriger etwa braucht für eine ausgewogene Ernährung doppelt bis dreimal soviel Geld pro Tag, wie ihm zusteht. Bei all diesen Rechnungen kommt der Bedarf an Kleidung und Schulmaterial noch dazu.

Die Studie arbeitet noch mit Lebensmittelpreisen aus dem Jahr 2004. Inzwischen hat es weitere Preissteigerungen gegeben. Die aktuelle dramatische Preisentwicklung u. a. für Milch und Milchprodukte verschärft die Situation um so mehr. Ein deutlich höherer Hartz IV-Regelsatz für Kinder ist unabdingbar, um die Kinderarmut zu bekämpfen. Das kostet Geld, aber es wäre gut angelegt.



Guten Tag!

Liebe Leserinnen und Leser,

nach dem Superfrühling ist der Sommer völlig verregnet, der Herbst scheint auch nicht besser zu werden. Aber Regen ist für uns WuppertalerInnen schließlich eine Art Heimatgefühl. Und man hat mehr Zeit zum Lesen! Zum Beispiel diese Zeitung mit den neuesten Infos aus der Wuppertaler Politik. Dass CDU und SPD die volle Verantwortung für das Schulmittagessen für arme Kinder übernehmen, konnten wir zwar leider nicht durchsetzen. Dafür war unser Nein zu Manipulationsversuchen der CDU erfolgreich, die eine zu hohe Wahlbeteiligung bei der nächsten Kommunalwahl fürchtet. Lesen Sie außerdem, warum einem in Zukunft an der Kaskadenkreuzung das Herz aufgehen wird und vieles mehr!

Willkommen, Herbst!

Ihr Redaktionsteam

Keine Experimente mit unseren Kindern!

Landesregierung plant schlechtere Betreuung

Das geplante Kinderbildungsgesetz (KiBiz) der Landesregierung treibt die Menschen in Massen auf die Straße. Das KiBiz setzt den Anreiz, möglichst viele Kinder von möglichst wenig und billigem Personal betreuen zu lassen. Das geht voll zu Lasten der Erzieherinnen. Sie müssen immer mehr Aufgaben in immer weniger Zeit und mit immer weniger Geld bewältigen – Bildungsarbeit ade. Weil sie allein die schlechten Bedingungen nicht mehr auffangen können, leiden letztlich darunter auch die Kinder. Der gesellschaftliche Protest gegen das KiBiz wächst immer mehr. Bislang ignoriert die Lan-

desregierung die Gegenwehr. Minister Laschet ist nicht bereit, auch nur Kleinigkeiten an dem Gesetzentwurf zu verändern. Viele Eltern, Kinder, ErzieherInnen und Träger beteiligten sich in Wuppertal an einem Protesttag Anfang September. Die vielen Proteste haben gute Gründe: Das schlechte Gesetz selbst, Laschets katastrophale Moderation, seine Missachtung der ErzieherInnen und seine ewige Schönrede. Es wird immer deutlicher, dass sich die Öffentlichkeit nicht von irreführenden Zahlenspielchen und teuren Hochglanzbroschüren täuschen lässt. „Auch in Wuppertal hätte das Gesetz

verheerende Auswirkungen“, sagt Paul Yves Ramette, kinderpolitischer Sprecher der GRÜNEN Fraktion: „Nicht nur die Qualität der Kinderbetreuung insgesamt würde schlechter. Besonders kleine Einrichtungen hätten zu kämpfen. Auf Eltern kämen höhere Beiträge zu, und Arbeitsplätze der ErzieherInnen könnten in Gefahr geraten.“ In Wuppertal würden die Zuschüsse zu den Gesamtbetriebskosten für Kindertageseinrichtungen nach dem KiBiz voraussichtlich deutlich sinken. Das Land kalkuliert, dass die Wuppertaler Eltern 19 Prozent der Gesamtkosten tragen können – einfach unrealistisch in einer nicht

gerade reichen Stadt. Der Wuppertaler Jugendhilfeausschuss beriet auf einer Sondersitzung über das KiBiz beraten. Dort stand auch unser GRÜNER Antrag auf der Tagesordnung, der die schwarz-gelbe Landesregierung auffordert, das KiBiz zurückzuziehen oder zumindest in den Kernpunkten zu korrigieren. Die GRÜNEN werden die Landesregierung weiter mit dem Protest und guten Argumenten konfrontieren. Der Antrag der GRÜNEN ist auf der Homepage der Fraktion www.gruene-wuppertal.de in der Rubrik Aktuelles, Anträge nachzulesen.

AUS DEM INHALT

Seite 2
Wohnen am Stadtrand?

Seite 3
Heckinghausen -
Sitation von Kindern
und Jugendlichen

Seite 4
Station Natur und Umwelt

Seite 4
WSW: Trennung von RWE

Seite 5
Klimaschutz in der
Bauleitplanung

Vorgestellt: das GRÜNE Team

■ Anja Liebert

Wer wie Anja Liebert die Stadt der kurzen Wege zu Fuß erobert, kennt irgendwann jeden Winkel und jede Treppe. Die Wahl-Barmerin lebt gern auf dem Sedansberg, auch wenn sie ihn so manches Mal gern etwas flacher hätte. In Wuppertal geht es mit Bus und Bahn einfach oft am schnellsten. Verzögern kann sich eine Schwebefahrbahnfahrt allerdings, wenn Anja Liebert ihren kleinen Sohn dabei hat, denn ohne eingehende Beobachtung der Schwebzüge im Bahnhof verlässt der Kleine nicht die Station. Beruflich ist die Literatur- und Politikwissenschaftlerin im Bereich Personal und Marketing eines ökologisch orientierten Unternehmens tätig. Anja Liebert ist seit ihrer Wuppertaler Studienzeit Anfang der 90er Jahre politisch aktiv, zunächst an der Universität. Dann suchte sie nach weiteren Gestaltungsmöglichkeiten – und fand sie. Bei den GRÜNEN traf sie auf Gleichgesinnte, die gerade in der Umwelt- und Verkehrspolitik nachhaltige Akzente setzen. Denn das sind die Hauptanliegen der 37-jährigen. Schließlich sind viele andere in Wuppertal ebenfalls per Pedes, Rad



oder Bahn unterwegs. Sie alle sind auf einen guten öffentlichen Personennahverkehr und auf schnelle und sichere Wege eben nicht nur für Autos angewiesen. Unterwegs kommt die Politikerin nicht nur an den grünen Oasen der Stadt vorbei, son-

dern auch an zugepflasterten Neubausiedlungen und Gewerbegebieten. Auf unnötige Bauprojekte will sie aufmerksam machen, denn oft leidet nicht nur der Charme der Umgebung unter übermäßigem Beton, sondern auch die Natur.

In der Ratsarbeit vertritt Anja Liebert die GRÜNEN daher im Verkehrs- und im Bauausschuss. Gerade in diesen Bereichen ist es zu Zeiten einer großen Koalition schwer, Mehrheiten zu finden. Die langfristigen Vorteile einer naturschonenden, nachhaltigen Politik hat sich leider noch nicht überall herumgesprochen. Die nötige Ausdauer hat die GRÜNE – aber auch einen guten Schuss Humor, denn endlose, unengagierte Diskussionen sind nicht ihr Ding. Ermutigend findet sie, dass mit dem Klimawandel und seinen Auswirkungen ein urgrünes Thema in der Öffentlichkeit angekommen ist. Viele wissen auch bereits, dass Erneuerbare Energien, Energieeinsparung und umweltfreundliche Mobilität nicht mit Einschränkungen verbunden sind, sondern langfristig den Geldbeutel schonen. Und weil Klimaschutz nicht nur global, sondern auch lokal passieren muss, fordert die Wuppertalerin, in der Kommunalpolitik Farbe zu bekennen. Denn konkrete Maßnahmen zur Reduzierung von CO₂ und mehr Ökologie im Baubereich sind auch in Wuppertal nötig und möglich.

Kurz & Klein

Fahrrad schneller als Auto

Das Rad als schnellstes Verkehrsmittel in Wuppertal? Und ob! Bewiesen hat das Bettina Brücher, Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, bei dem Wettrennen der Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“. Knapp 20 Minuten nach dem Start am Verwaltungshaus Elberfeld erreichte die GRÜNE Ratspolitikerin als erste das Barmer Rathaus. Drei Minuten später traf Susanne Varnhorst von der städtischen Umweltberatung mit dem Auto ein. Andrea Kipper vom ADFC legte die Strecke geduldig mit dem Schwebefahrsatzverkehr zurück und wurde Dritte.



Foto: Rainer Widmann

Welche Perspektiven hat der Müngstener?

■ Verkehrspolitik im Bergischen

Podiumsdiskussion und Film zur Bahnprivatisierung
am Freitag, 19. Oktober, Zentrum für Produktdesign, Solingen Südpark

ab 16.30 Uhr: Podiumsdiskussion mit VertreterInnen von VRR, Verkehrsministerium NRW, Deutsche Bahn AG, Pro Bahn und Verkehrsforum Remscheid zur Frage der Zukunft des „Müngstener“ und zur Ausschreibung von Bahnstrecken allgemein, moderiert vom Vizepräsidenten des Landtags, Oliver Keymis, GRÜNE Landtagsfraktion.

Anschließend: Filmvorführung „Bahn

unterm Hammer“. Der Film wirbt mit dem Beispiel Schweiz für ein umfassendes Bahnsystem, das sich an den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen orientiert. Dort war die Privatisierung der Bahn an einem Volksentscheid gescheitert.

Keine guten Zeiten für PendlerInnen und Bahnreisende
Ende 2006 hat die große Koalition in Berlin die Gelder für den öffentlichen Personennahverkehr gekürzt. In NRW fehlen nun 519 Mio. Euro bis 2010. Fachleute befürchten deshalb eine Streichorgie bei Bussen und Bahnen. Zudem zeigt das neue

ÖPNV-Gesetz NRW deutlich: Die schwarz-gelbe Regierung NRW gleicht den Mangel an Geld nicht aus. Unter Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) heißt es: Straße statt Schiene. Wichtig sind nur noch neue Autostrecken. Bisher hat die Deutsche Bahn Regio den NRW-Verkehrsverbünden Preisrabatte für die Schienennutzung angeboten. Im Gegenzug haben die Nahverkehrsverbünde Verträge mit langer Laufzeit abgeschlossen. Damit war auf Dauer ein gutes Angebot im Regionalverkehr gesichert. Nun aber fallen – zusätzlich zur Mittelkürzung aus Berlin – diese Rabatte weg. Das treibt Verkehrsverbünde wie den

VRR in den finanziellen Ruin. Was ist erst zu befürchten, wenn darüber hinaus noch die Deutsche Bahn privatisiert wird und nur noch effiziente und viel genutzte Strecken bleiben? Die große Mehrheit der BundesbürgerInnen ist gegen die Privatisierung der Bahn. Die Zeitungskommentatoren und Fachleute aus der Wirtschaft sehen das genauso. Von einer Privatisierung könnte auch das Bergische Städtedreieck betroffen sein. Wir möchten uns aktiv in die Diskussion einschalten und laden alle Interessierten herzlich zu einer sicherlich interessanten und aufschlussreichen Diskussion ein.



Müngstener Brücke: Bald nur noch ein Denkmal?

Wohnen am Stadtrand?

■ In Vohwinkel geht der Flächenverbrauch fröhlich weiter

Wer Flächen schützen möchte, Bodenschutz betreiben will und ernsthaft über Klimaschutz nachdenkt, sollte bei geplanten Bauvorhaben in Wuppertal stets hellhörig werden. Denn die in Sonntagsreden versprochene Reduzierung des Flächenverbrauchs oder die Minderung von CO₂-Emissionen lösen sich spätestens im Ausschuss Bauplanung in Wohlgefallen auf.

Ein aktuelles Beispiel aus Vohwinkel: Im Bereich Ludgerweg/Filchnerweg/Domänenweg ist der Bau von insgesamt 90 Einfamilienhäusern geplant, verteilt auf drei Einzelflächen. Als größte Fläche für ca. 70 Häuser soll eine wertvolle, landwirtschaftlich genutzte Fläche am Ende des Ludgerweges bebaut werden, aus Sicht der GRÜNEN unsinnig. Die Zerstörung dieser Fläche bedeutet überflüssige Versiegelung von Freifläche mit landwirtschaftlicher Nutzung, Verlust von Lebens-

raum für Pflanzen und Tiere, Schädigung vorhandener naturnaher Fließgewässer, Abwasserprobleme, ein klimaschä-

digender Eingriff. Mit dem Bau von Einfamilienhäusern auf dieser Fläche wird Wohnraum mit starker Lärmbelästigung



entstehen, der Geräuschpegel durch die nahegelegene A46 ist enorm. Wer möchte hier wohnen? Die Infrastruktur für dieses Gebiet ist äußerst schlecht. Eine Anbindung an Bus und Bahn existiert nicht, so ist mit mindestens zwei Autos pro Familie zu rechnen. Fahrten zur Schule, zur Arbeit, zum Einkauf oder zum Arzt werden alle mit dem PKW erledigt werden müssen. Nicht nur für die Bewohner des Ludgerweges wird sich die Verkehrssituation dadurch verändern. Luft- und Lärmbelastungen werden ansteigen. Klimaschutz? Fehlanzeige! Ist es noch zeitgemäß, neuen Wohnraum am Stadtrand auszuweisen? Geht der Trend nicht wieder in Richtung attraktiv wohnen, aber in der Innenstadt? Welche Familie ist noch bereit, steigende Benzinspreise für den Unterhalt von zwei PKWs zu akzeptieren? Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist der Meinung, dass die Nachfrage gering sein wird, so dass diese Planung unsinnig ist und aufgegeben werden muss.

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204 Fax: 0202. 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Gerta Siller, Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher,
Anja Liebert, Jörg Liesendahl, Petra Lückert,
Klaus Lüdemann, Gabriele Mahner, Marc Schulz

Gastkommentar:
Klaus-Günther Conrads,
Ronsdorfer Heimat- und Bürgerverein,
Norbert Bernhardt, BI Jägerhofstraße

Beitrag zum Klimaschutz:
Von der 10. Klasse der Realschule
Neue Friedrichstraße

Alle Fotos, soweit nicht anders
gekennzeichnet: Jörg Lange

Satz, Gestaltung und Druck:
talwild gmbh, Herderstraße 1, 42327 Wuppertal

Auflage: 29.975

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasret, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-Ebert-Str. 109-111; AStA, Berg. Universität; Behindert - na und? e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111; BUND, Luisenstraße 108; Café Moritz, Höhe 22; Cinema, Berliner Straße; Forum Maximum im Rex, Kipdorf 29; Katzensgold, Untergrünwaldstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Lebensbaum, Sophienstraße: **Die Abgabe ist kostenlos!**

DIE GRÜNEN

Fraktionen im Bergischen laden ein zur



Fahrradtour
plusKlima*
am 22.09.2007

von Remscheid
über Wuppertal
nach Solingen

40 km Radelvergnügen im Bergischen Städtedreieck

- 10:00 Uhr *Start Remscheid Hbf, Anreise mit d. Müngstener (RB47)
ab SG-Hbf 9:12 Uhr, ab W-Hbf 9:25 Uhr
- 10:15 Uhr *Besichtigung der Remscheider Entsorgungsbetriebe
- 14:00 Uhr *Treffen mit Bärbel Höhn; MdB,
*Besichtigung des Holzenergiehofes Wuppertal
- 15:30 Uhr *kurze Kundgebung + Demonstration fürs Radfahren
- 16:00 Uhr *Fahrt über die Korkenziehertrasse
- 18:00 Uhr *Abschlussfest an der Biol. Station Mittlere Wupper SG

Besichtigungen auch ohne Teilnahme an der Fahrradtour möglich.
Nähere Informationen und Anmeldung:

B90/DIE GRÜNEN W	0202/563 62 04	fraktion@gruene-wuppertal.de
B90/DIE GRÜNEN RS	02191/7 34 03	fraktion@gruene-remscheid.de
B90/DIE GRÜNEN SG	0212/20 07 40	gruene-sg@telebel.de

Vorgestellt: das GRÜNE Team

■ Bezirksvertreter Heckinghausen – Jörg Liesendahl

Heckinghausen wird oft unterschätzt. Mit dem Naturschutzgebiet Murbachtal, den Barmer Anlagen samt Barmer Wald und einem Großteil des ehemaligen Truppenübungsplatzes Scharpenacken ist es ein erstaunlich grüner Stadtteil mit hohem Erholungswert. Kein Wunder, dass auch ich wie viele andere hier Wahl-Heckinghausen

bin. Meine Familie und ich leben jetzt seit über zehn Jahren hier. Wir haben nicht nur das berühmte Bleicherfest, sondern auch kurze Wege zur Barmer Innenstadt und dabei viel mehr Ruhe als unten im Tal. Alles, was man täglich braucht, bekommen wir direkt im Heckinghauser Zentrum. Ich will aber nichts schönreden.



Es stimmt, dass das Stadtteilzentrum immer mehr zu kämpfen hat. Deshalb ist es wichtig, hier nicht auch noch in politisches Gezänk zu zerfallen, sondern gemeinsam nach vorn zu blicken und Probleme pragmatisch zu lösen. In der Bezirksvertretung hat es gute Tradition, dass die Dinge in guter Absprache mit den anderen Parteien geregelt werden.

Besonders wichtig sind uns Kinder und Jugendliche. Freie Mittel investieren wir gerne in Vereine, die Jugendarbeit machen und in soziale Einrichtungen.

Wir brauchen dringend eine kluge Strategie für die Zukunft Heckinghausens. Denn immer mehr kleine und oft alt eingesessene Geschäfte vor Ort müssen im Konkurrenzkampf aufgeben. Positive Signale zur Entwicklung des Stadtteils können nur von privater Seite ausgehen. Wir brauchen die Wirtschaft mit im Boot, damit Heckinghausen auf Dauer lebenswert und attraktiv bleibt. Ein Pluspunkt des Stadtteils ist grün. Deshalb versuche ich, dem Kahlschlag in Natur und Landschaft und vor allem bei den Stadtbäumen des Stadtteils zu begegnen. Seit Wegfall der Baumschutzsatzung sind hier schon viel zu viele Bäume gefällt worden.

Als Bezirksvertreter der GRÜNEN habe ich jederzeit ein offenes Ohr für Anliegen und Ideen derjenigen, denen Heckinghausen genauso am Herzen liegt wie mir. Lassen Sie uns die Zukunft des Stadtteils gemeinsam gestalten!

Keine Wohnbebauung am

■ Eskesberger Bach!



Manchmal gibt es erfreuliche Einstimmigkeit über politische Vorhaben. Im August 2000 zum Beispiel war das der Fall. In Zusammenarbeit mit dem Stadtbetrieb Weiterbildung und der VHS und abgestimmt mit den zuständigen Behörden hat der Wuppertalverband die Renaturierung eines 400 m langen Teilstückes des Eskesberger Baches vorangetrieben. Damit kehrte ein Stück Natur in die Stadtlandschaft zurück, an dem sich eigentlich alle freuen. Denn dort hat sich über Jahrzehnte hinweg ein Biotop entwickelt – das freut nicht nur die GRÜNEN, die sich noch in den Sommerferien einen Überblick verschafft haben. Solche wertvollen Flächen sind angesichts des Klimawandels wichtig und außerdem auch schön, sagen zudem die Anwohnerinnen und Anwohner. Jetzt aber sollen mit dem Segen von CDU und SPD auf dem Gebiet Einfamilienhäuser entstehen. Die GWG hat das Grundstück gekauft und stört sich nicht daran,

dass niemand diese Bebauung will. Die Bezirksvertretung Elberfeld-West hat sich auf ihrer letzten Sitzung fraktionsübergreifend einstimmig gegen den Bau von Einfamilienhäusern auf dieser Grünfläche ausgesprochen. Auch die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Sitzung des Rates am 3. September eine detaillierte Anfrage gestellt. Die Antwort: es wird aktuell geprüft, ob Baurecht geschaffen werden soll.

Jugend in Heckinghausen

■ Wege aus der Perspektivlosigkeit

Vor einigen Monaten kam die kleine D. (neun Jahre) weinend nach Hause. Auf ihrer Stirn hatte sie eine hässliche Wunde. Jugendliche hatten sie mit einer Zigarette verbrannt. D. war Opfer von Jugendlichen geworden, die mit solchen Angriffen Angst im Stadtteil verbreiten. Nicht nur, dass eine solche Tat mitten im Heckinghauser Stadtzentrum geschehen konnte – schlimmer noch: Sie war beileibe kein Einzelfall. Dieser unhaltbare Zustand muss sich dringend ändern. Gemeinsam mit der Polizei, der ARGE und dem Kinder- und Jugendtreff Heckinghausen suchen die GRÜNE Ratsfraktion und der GRÜNE Bezirksvertreter vor Ort nach Auswegen. Seit Jahren schon nehmen die Probleme

mit Jugendlichen in Heckinghausen zu. Gründe sind soziale Verwahrlosung und persönliche Perspektivlosigkeit der jungen Menschen. Manche von ihnen werden auffällig und isolieren sich damit nur noch weiter in der Gesellschaft – eine Abwärtsspirale. Die Opfer sind in der Regel völlig unbeteiligte Personen. Dabei werden die MitarbeiterInnen des Bezirkssozialdienstes und der Polizei sofort aktiv, um auffällig werdende Jugendliche wieder in die Gesellschaft zurückführen zu können. Das geschieht auf mehreren Wegen. Die Polizei besucht die Familien der jungen Menschen, die straffällig geworden sind. Mindestens genauso wichtig ist aber eine Zukunftsperspektive. Deshalb

versucht die ARGE bei ihren Kunden, Chancen aufzuzeigen und vor allem die berufliche Integration voranzutreiben. Gerade haben Jugendliche an der Förderschule Kleestraße ein Anti-Aggressions-Training durchlaufen, das Thomas Becks vom Kinder- und Jugendtreff (siehe Foto) und Franz Gruß von der Polizei auf die Beine gestellt hatten. Für weitere Veranstaltungen dieser Art werden mit Unterstützung der Bezirksvertretung MitarbeiterInnen des Kinder- und Jugendtreffs als TrainerInnen ausgebildet. Ratsfraktion und Bezirksvertreter der GRÜNEN werden die Situation der Jugendlichen weiter aufmerksam beobachten, engagiert helfen und nach Lösungen suchen.



Gastkommentar: Einspruch

■ gegen sinnloses Zupflastern

von Norbert Bernhardt, Bürgerinitiative Jägerhofstraße

Die Freude über die gute Nachricht ist schnell verflogen. In seiner Dezembersitzung 2006 hat der Rat der Stadt Wuppertal genehmigt, eine neue Station Natur und Umwelt zu bauen. Das soll auf der Wiese an der oberen Jägerhofstraße geschehen. Die Stadt will jedoch ihren Eigenanteil an dem Neubau durch den Verkauf der »gelben Schule« an der Cronenberger Straße finanzieren, die spätestens zum Ende des Schuljahres 2008/09 geschlossen werden soll. Was außerdem in Planung ist, wurde lieber nicht laut gesagt. Erst aus Presseberichten war zu erfahren, dass auf derselben Wiese an der Jägerhofstraße außerdem bis zu 90 Mehrfamilienwohnungen oder bis zu 35 Doppel- bzw. Reihenhäuser entstehen sollen. Der drohende Beton nimmt der Station Natur und Umwelt

mit ihrem angrenzenden Naturlehrpfad von vorne herein jede Erweiterungsmöglichkeit. Die Bebauung ist ökologisch falsch, denn die satte Obstwiese muss einer neuen versiegelten Fläche von 6.000 Quadratmetern weichen. Diese Fläche fehlt letzten Endes der Gelpe. Das Absurde ist, dass die Bebauung nicht einmal nötig wäre. Denn es gibt genügend leerstehende Wohnungen und Ladenlokale. Gegen diesen Unsinn hat sich eine Bürgerinitiative gegründet, die bereits rund 1.000 Unterschriften gegen die Bebauung gesammelt hat. Einwohner ziehen weg, soziale Brennpunkte entstehen. Stadtgebiete überaltern, sind nicht mehr »wohenswert«. Statt diese Probleme anzupacken, geht der mit Ex-Oberbürgermeister Kremendahl begonnene Ausverkauf des »Tafelsilbers«, also städtischer Grundstücke, mit der großen Koalition munter weiter. Bevor das Briller Viertel Denkmalgebiet

wird, wird es zuvor mit völlig unpassenden Mehrfamilienhäusern zugeklotzt. Dabei liegen die Pläne, z.B. den »alten« Arrenberg zusammen mit den Hauseigentümern wieder wohnenswert(er) zu machen, inklusive Erhebungen und Statistiken seit zwei Jahren in der Schublade. Weil hier auch die nötige Infrastruktur für Versorgung und Verkehr bereits vorhanden ist, würde die Stadt sogar Geld sparen. Folglich ist es völlig überflüssig, weitere Grünflächen am Stadtrand zu bebauen. Doch solange die Verwaltung und die große Koalition nicht bereit sind, entsprechend zu handeln, ist das Reden über nachhaltige Stadtentwicklung reines Verdunstungsgeschwätz. Listen zur Unterstützung der Bürgerinitiative Jägerhofstraße liegen in einigen Hahnerberger Zeitschriftenläden und Tankstellen aus oder können unter <http://jaegerhofstrasse.de> heruntergeladen werden.

Raus aus der Abhängigkeit

■ Wuppertaler Stadtwerke trennen sich von RWE und Cegedel

In einer Sondersitzung am 13. August 2007 hat der Rat der Stadt Wuppertal die strategische Abhängigkeit der Wuppertaler Stadtwerke von RWE und Cegedel beendet. Aus Sicht der GRÜNEN Ratsfraktion war das die richtige Entscheidung. Eine Partnerschaft funktioniert nicht einseitig.

RWE und Cegedel waren mit 18,7 bzw. mit 6,4 Prozent an den WSW beteiligt. Bis Ende Januar hätten sie 115 Millionen Euro in Form von Sachleistungen investieren müssen, was aber bis heute nicht geschehen ist. Es hat sich zuletzt klar gezeigt, dass die beiden Unternehmen nur noch an einer Partnerschaft mit vielen Rechten, aber ohne Verpflichtungen interessiert waren.

Die Wuppertaler Stadtwerke brauchen eine neue Aufstellung, auch

und gerade für den öffentlichen Personennahverkehr, in dem europäisches Recht die Stadtwerke zunehmend einschränkt. Das haben wir bei der Neuausrichtung der WSW mit der Gründung der WSW Holding bedacht. Denn der Nahverkehr muss zu 100 Prozent in städtischer Hand bleiben. Hilfreich für die WSW wäre außerdem, wenn das Land NRW und damit die Landesregierung ihre Zusagen einhalten würde. Der NRW-Verkehrsminister will sich aber an die Landesverpflichtung bei der Sanierung der Schwebebahntrasse nicht mehr erinnern. So muss die WSW die gebrochenen Versprechen ausbügeln und die immensen Kosten für die Schwebebahn-Sanierung allein stemmen. Auch kann niemand erklären, wer die neuen Schwebebahnfahrzeuge im Jahr 2010 bezahlen soll. Es zeigt sich immer mehr, dass die Landesre-

gierung auf Kosten der Kommunen spart. Für eine sichere Zukunft sprechen sich die GRÜNEN deutlich für eine Kooperation von kommunalen Stadtwerken aus. Nur so können auch die WSW in dem zunehmend härteren Wettbewerb mit Energieriesen wie EON, RWE und Vattenfall bestehen und auf Dauer bezahlbare Gas- und Strompreise garantieren. Auch Klimafreundlichkeit ist ein Kriterium, das in die Zusammenarbeit eingebracht werden soll. Wir sind sicher, dass sich ein neuer strategischer Partner aus den Reihen der kommunalen Stadtwerke findet.



ANZEIGE



Partei ergreifen

Werde Mitglied bei Grün!
www.gruene.de

Politik geht alle an! Und DU hast uns gerade noch gefehlt!

Wir GRÜNE, das sind unser Mitglieder: Ihr Engagement, ihre Kreativität, ihre neuen Ideen und ihr Wissens- und Erfahrungsschatz sind unverzichtbar für unsere Arbeit. Wenn auch Du Partei ergreifen willst oder mehr Information wünschst, dann melde Dich unverbindlich bei

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Wuppertal
Oberbergische Str. 8
42285 Wuppertal

fon: (0202) 87 811
fax: (0202) 82 444
mail: gruene.wuppertal@t-online.de
internet: www.gruene-kvwuppertal.de

Kurz & Klein

DSL-Verteiler: Telekom ignoriert AnwohnerInnen
Die alten Telefon-Verteilerkästen sind kaum jemandem aufgefallen. Die Telekom will nun aber in Wuppertal bis Ende des Jahres ca. 800 neue Kästen für das DSL-Netz aufstellen. Diese sind etwa fünfmal so groß wie die alten. Das stört nicht nur das Stadtbild, sondern auch die Anwohnerinnen und Anwohner. An denen wiederum stört sich allerdings die Telekom nicht. Erste Beschwerden gab es bereits. Im Ostesiepen 50 wurde zum Beispiel der Verteilerkasten fast in eine Weißdornhecke hineingebaut. Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, das gesamte Verfahren bürgerfreundlich zu gestalten und die Interessen der Betroffenen zu berücksichtigen. Selbstverständlich sollte sein, dass Verteilerkästen nicht vor denkmalgeschützten Häusern installiert werden. Wer einen alten Verteilerkasten vor dem Haus hat und wissen möchte, wann der neue kommt, kann die Telekom direkt anrufen: 02331/203-3715. E-Mail: wolfgang.fichtner@telekom.de

Kurz & Klein

JVA-Standort – alles Andere als „ergebnisoffen“
Bei jeder Veranstaltung zum geplanten Jugendgefängnis beteuert Oberbürgermeister Peter Jung, es gebe keine Vorfestlegung. Alle Alternativen zum geplanten Standort im Landschaftsschutzgebiet auf Scharpenacken werden angeblich geprüft und erst am Ende falle die Entscheidung, wo gebaut werde. Tatsächlich? Interessant ist, dass der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes NRW Nägel mit Köpfen gemacht hat. Der Landesbetrieb hat die gesamte Planungsfläche von insgesamt 43 Hektar dem Bund abgekauft. (WZ 14.08.2007)
NRW-Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter schlägt in aller Öffentlichkeit in dieselbe Kerbe. Sie schließt andere Standorte für das Gefängnis in Wuppertal so ziemlich aus. (WZ 18.08.2007)
Der Oberbürgermeister hat offensichtlich ein sehr eigenes, unkonventionelles Verständnis von dem Wort „ergebnisoffen“. Was das angesichts der Tatsachen, die bereits geschaffen werden, bedeutet, sagt er nicht.

Neues Umweltbildungszentrum

■ Naturschutz zum Anfassen für alle

Haben Sie schon einmal mit einem Solarkocher gekocht? Oder sich auf einem Hausdach dem Ackerbau gewidmet? Nein? Das können Sie bald. Denn die Station Natur und Umwelt wächst dank einer Großspende zum Umweltbildungszentrum Bergisches Land.

Der erste Spatenstich ist für den Herbst geplant, pünktlich zum 25-jährigen Bestehen der Station im Jahr 2009 soll es fertig sein. Das neue Umweltbildungszentrum wendet sich unter dem Motto „Natur erfassen. Natur zum Anfassen“ an alle - vom Kindergartenkind bis hin zu Menschen im Ruhestand. Wer die Natur besser kennen lernen will und mehr über Natur- und Umweltschutz erfahren möchte, ist hier richtig. Begeisterung stellt sich in der Regel sofort ein – etwa bei Aktivitäten auf dem sieben Hektar großen Naturlehrgebiet mit dem neuen Freiluftunterrichtsplatz oder im nahegelegenen Landschaftsschutzgebiet Gelpetal. Die Station Natur und Umwelt ist die größte kommunale Einrichtung für Umweltbildung und Umwelterziehung im Bergischen Land. Im Moment passt das große Engagement, mit dem die Beschäftigten der Naturstation an der Cronenbergerstraße sich der Vermittlung von Naturschutz widmen, kaum in das Gebäude, in dem sie arbeiten. Das platzt nämlich aus allen Nähten. Will man von den jetzigen Räumen auf dem Gelände der Grundschule Cronenberger Straße 375a zum Außengelände gelangen, muss man jedes Mal die Jägerhofstraße überqueren. Für den langgehegten Wunsch nach einem Neubau fehlte bisher schlicht das Geld. Doch im vergangenen Herbst feierte das Wuppertaler Unternehmen EDE - Einkaufsbüro Deutscher Eisenhändler GmbH - sein 75-jähriges Bestehen mit einer Spende über 1 Million Euro für den Neubau der Station Natur und Umwelt. Damit steht die Kernfinanzierung der neuen Betriebs-, Schulungs-

und Präsentationsräume der Station. Die ersten Pläne, die jetzt auf dem Tisch liegen, können bald umgesetzt werden. Was auf Wuppertal wartet, ist ein hochmodernes Gebäude, in dem sich die äußerst engagierten und erfolgreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Station Natur und Umwelt und die Mitglieder ihres Fördervereins noch besser ihren Aufgaben widmen können. Sie arbeiten dann in einem Gebäude am Rande des Außengeländes der Station an der Jägerhofstraße, das konsequent nach nachhaltigen, ökologischen Kriterien errichtet wird: Holz als Hauptbaustoff, eine Solaranlage auf dem Dach und der etwa 15 Meter hohe „Skulpturm“ mit Rotor zur Windenergiegewinnung, gleichzeitig das neue Wahrzeichen der Station Natur und Umwelt. Um anderen zu zeigen, welche kreative Wege zur Ressourcen- und Energieeinsparung führen, gibt es Projektangebote wie die Nutzung eines Solarkochers im neuen Küchenwintergarten, eine Dachfläche als Sonnenacker, das Sammeln von Regenwasser in einer Zisterne oder eine Pflanzenkläranlage. Dies und noch viel mehr kann das bisher schon umfangreiche Programmangebot ergänzen. Falls Sie einmal ein Firmenjubiläum feiern oder aus einem anderen Grund ein zukunftsweisendes Projekt unterstützen möchten, freut sich die Station Natur und Umwelt natürlich sehr über Spenden:

Für die Gestaltung der Außenanlagen und für die Inneneinrichtung fehlen noch 250.000 Euro.

Förderverein Station Natur und Umwelt e.V.,
Konto-Nr. 91 96 96,
Stadtsparkasse Wuppertal,
BLZ 330 500 00.

Mehr Informationen über die Station und den Neubau finden Sie unter www.stnu.de.

Beitrag zum Klimaschutz

■ Autos als Klimakiller, eine „Wettfahrt“ gegen die Zeit

Wie wir alle wissen, macht fast jeder kurze Wege mit dem Auto, wie z.B. die Fahrt zum Supermarkt um die Ecke oder um die geliebten Sonntagsbrötchen zu kaufen.

Viele fahren mit dem Auto unzählige Kilometer zur Arbeit. Sinnvoller sind da Fahrgemeinschaften, oder man benutzt direkt die öffentlichen Verkehrsmittel wie Bus und Bahn. So verringert man die hohe Verkehrsdichte, die CO₂- und Feinstaubabgaben und die Zahl der Verkehrsunfälle. Einige Städte in Deutschland planen, im Herbst oder Anfang 2008 Umweltzonen einzurichten. Bereits seit dem 1.3.2007 wurden bundesweit Feinstaubplaketten eingeführt. Nur schadstoffarme Fahrzeuge dürfen zukünftig in die Umweltzonen hineinfahren. Es wird sogar überlegt, dass das komplette Ruhrgebiet zur Umweltzone erklärt wird, das könnten sich dann auch Großstädte wie Köln und Düsseldorf zum Vorbild nehmen.

Begeistert von der neuen Technik vergessen wir oft, was diese alles anrichtet. Im Zusammenhang damit müssen wir unser Umweltbewusstsein ändern, positiv entwickeln.

So sind die Autohersteller gefragt, ihre Autos umweltfreundlicher zu entwickeln. Es ist dringend notwendig, dass alle Automobilkonzerne dementsprechende Richtlinien erfüllen. Es kann nicht dabei bleiben, die Autos nur mit einem Feinstaubfilter auszustatten, sondern es müssen auch Motoren entwickelt werden, die der Zukunft gerecht werden. Doch auch wir als Verbraucher können schon viel bewegen, indem wir das Auto seltener benutzen, denn es hat sich in der Vergangenheit als richtiger „Klimakiller“ erwiesen.

Aber manches bewegt sich doch. So gibt es in Deutschland schon 71 Tankstellen, die den von Bioethanol betriebenen Autos den Sprit liefern. Dieses Bioethanol ist deutlich umweltfreundlicher als Benzin oder Diesel. Wir

haben uns gefragt, warum die deutsche Automobilindustrie, die über ein Jahrhundert Erfahrung hat, es nicht schafft, ihre Autos so auszurüsten, dass sie für die Umwelt schonender sind. Die japanischen Autohersteller wie Toyota und Honda sind mit der Hybrid-Technik Vorreiter. Allen voran der Prius gilt als besonders umweltfreundliches Auto. Mit der Kombination von Elektro- und Benzinmotor verbraucht er mit etwa 4 bis 5 Liter momentan am wenigsten und hat damit schon zahlreiche Preise gewonnen. Aber als wäre dies nicht genug, engagiert sich Toyota in weiteren Umweltkampagnen wie der Initiative „Pro saubere Luft“, die im April 2006 gestartet wurde. Auch die französischen Autohersteller, die in Punkto Sicherheit erstklassig sind, investieren schon in neue umweltfreundliche Technologien.

Aber die deutsche Automobilindustrie scheint diesbezüglich immer noch nicht konkurrenzfähig zu sein. Einen

kleinen Lichtblick bietet jetzt VW: Der Bau eines 1-Liter-Autos ist nach Meinung des VW-Aufsichtsratsvorsitzenden Ferdinand Piech machbar. Möglich gemacht wurde dies durch einen Karosserieleichtbauhersteller der die notwendigen Materialien für 5.000 Euro anstatt den bisherigen 35.000 Euro in zwei Jahren produzieren will. Doch es hilft nicht viel, wenn es nur wenige sind, die an unsere Zukunft denken, sondern es müssen alle an einem Strang ziehen. Ob Konsument, Politiker oder Hersteller, alle sind aufgefordert etwas zu tun, damit die Möglichkeit auf der Erde zu leben bewahrt bleibt. Wir müssen unser Umweltbewusstsein schnell ändern, denn es ist eine Wettfahrt gegen die Zeit, die wir für uns entscheiden müssen.

Der Beitrag wurde verfasst von Andre Riediger, Philip Schmidt und Martin Kirchberger, Schüler der Klasse 10, sozialwissenschaftlicher Kurs an der Realschule Neue Friedrichstraße.

Glückwunsch!

Sabine Neubauer erhält den “Rheinischen Ehrenpreis für soziales Engagement”.

Engagiertes Wuppertal – eine Reihe mit Erfolg: Die GRÜNE Fraktion gratuliert Sabine Neubauer, die bereits den Wuppertaler für ihr ehrenamtliches Engagement eingesteckt hatte. Im Juni wurde sie zusätzlich mit dem überregionalen ‘Rheinischen Ehrenpreis für soziales Engagement’ ausgezeichnet. Der Preis wurde in diesem Jahr zum ersten Mal durch den Landschaftsverband Rheinland verliehen. Die Wuppertalerin engagiert sich seit Ende der 80er Jahre ehrenamtlich für das selbstbestimmte Leben von Menschen mit Behinderung. Seit 1987 ist sie im Vorstand des Vereins „behindert - na und?“ und sitzt seit 1999 im Behindertenbeirat der Stadt Wuppertal. Seit Gründung der psychologischen Beratung innerhalb des Vereins unterstützt sie dort zusätzlich als ausgebildete Diplompsychologin Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung – alles in ihrer Freizeit.

Walderlebnis Ronsdorfer Talsperre

■ Raus aus dem Klassenzimmer - rein in die Natur



Mit großem Elan beteiligt: Martin Kiefer, Walter Leucht, Helene Kyrieleis, Klaus-Günther Conrads, Alexander Schmidt (v.l.), Foto: K.-G. Conrads

Lehrpfade können die zunehmende Naturferne von Kindern und Jugendlichen mindern. Auch Erwachsene können alltagspraktisches Wissen lernen. „Raus aus dem Klassenzimmer - rein in die Natur“ ist ein Angebot an die Jugend und muntert zum naturnahen Unterricht auf.

An der Ronsdorfer Talsperre erwartet Besucher sogar ein Waldklassenzimmer, in dem man aktiv werden und spielerisch lernen kann. Der alte Waldlehrpfad war ein Vermächtnis des kürzlich verstorbenen Revierförsters Helmut Fehr. Mit dem neuen Walderlebnispfad hat der Ronsdorfer Heimat- und Bürgerverein jetzt der Stadt Wuppertal ein echtes Gemeinschaftsprojekt geschenkt. Die Biologin Helene Kyrieleis von der Station Natur und Umwelt und die Mitglieder des HuB-Arbeitskreises Christel Windgaßen, Waltraud Rinke und Bernd Drache haben dieses erste Projekt ermöglicht. Lehrer Walter Leucht und seine Schüler von der Erich-Fried-Gesamtschule steuerten Ideen zu einer Waldschadenstafel bei. Alles setzte der Grafikdesigner Max Knodel bildlich in Szene und Axel Stuhlreiter sorgte für die Herstellung

der elf Tafeln. Darin steckt das Fachwissen von Förster Martin Kiefer, der auch mit seinen Mitarbeitern die Bauteile gefertigt und alles aufgebaut hat: Pult, Bänke und Drehscheiben der Thementafeln im Waldklassenzimmer. Für die nötigen Spenden sorgte der Vorsitzende des Heimat- und Bürgervereins, Alexander Schmidt. Der konzeptionell einmalige Walderlebnispfad ist allein mit bürgerschaftlichem Engagement gelungen, ganz ohne städtisches Geld, wohl aber mit forstlichem KnowHow. Für die vielfältige, unverzichtbare Hilfe gilt dem Ressort Grünflächen und Forsten ein herzlicher Dank. Kommen Sie doch einmal vorbei! Ein Flyer zum „Wuppertaler Walderlebnispfad Ronsdorfer Talsperre“ ist kostenlos im Informationszentrum am Döppersberg, an der Infotheke im Barmer Rathaus und im Ronsdorfer Stadthaus erhältlich. Gemeinsam mit dem Sauerländischen Gebirgsverein arbeiten wir derzeit am „Wuppertaler Wanderpark Ronsdorfer Talsperre“ mit Nordic-Walking-Angebot - Eröffnung im Frühjahr 2008.

Klaus-Günther Conrads, Leiter des Arbeitskreises Ronsdorfer Talsperre im Ronsdorfer Heimat- und Bürgerverein

CDU/SPD verweigern Klimaschutz

■ Baurecht

Im Juni starteten die GRÜNEN eine Initiative für mehr Klimaschutz bei Bauvorhaben. Der Antrag wurde im Bauausschuss ohne fachliche Beratung mit einer Stellungnahme der Verwaltung zu den Akten gelegt. Die Idee ist denkbar einfach. Ein großer Anteil der Energieverschwendung geht auf das Konto von ineffizienten Heiztechniken, schlechter Dämmung oder ähnlichem. Das Baugesetzbuch ermöglicht z.B., die Nutzung erneuerbarer Energien festzuschreiben oder bestimmte klimaschädliche Heizungsarten auszuschließen. Auch über Vorgaben über die Höhe von Gebäuden oder deren Ausrichtung lässt sich relativ unkompliziert einiges erreichen. So kann man schon bei der Planung Solaranlagen installieren oder Verschattungen vermeiden. Die große Koalition im Rathaus allerdings wünscht solche klaren Regeln für wirksamen Klimaschutz nicht. Allerhöchstens ein Modellprojekt mit

einem städtebaulichen Vertrag ist dort denkbar. Grundsätzlich neue Bauvorhaben auf ihre Zukunftsfähigkeit hin planen – da winkt man schnell ab. Eine Begründung für die Ablehnung unserer Initiative zeugt von besonderer Kurzsichtigkeit. Zitat: „Inwieweit diese ... Festsetzungen ... zur Anwendung kommen, muss ... auch vor dem Hintergrund der fünf vom Oberbürgermeister ... strategisch-politischen Oberziele zum Wachstum für Wuppertal im konkreten Planungsfall vorbehalten bleiben.“ Im Klartext heißt das: Mehr Klimaschutz bei Bauvorhaben ist nicht im Sinne des Oberbürgermeisters. Das ist verantwortungslos und unklug. Statt nachhaltige und zukunftsfähige Bauprojekte anzubieten bleibt es beim uneingeschränkten Wachstum. Zu hoffen bleibt, dass sich allein aus wirtschaftlichen Gründen ökologisches und energiesparendes Bauen durchsetzen wird und Investoren mit Weitsicht planen.



grün^W
Keiner wie wir.

Kurz & Klein

Ein Geschenk: Jetzt doch Kunst am Kasinokreisel

Die Sparda-Bank West will Wuppertal ein Kunstwerk am Kasinokreisel stiften. Die GRÜNEN freuen sich mit Wuppertaler Kunstbegeisterten, wenn statt des vom Verkehrsausschuss beschlossenen langweiligen Schachbrettmusters ein herausragendes Triple als Basis für eine Kunstmeile in der City entstehen sollte. Das könnte so aussehen: In der Nähe des Elise Lasker-Schüler-Denkmal in der Herzogstraße wird der gestaltete Text von Heinz Velten auf den schwarzen Asphalt gemalt.



Foto: Klaus Lüdemann

Gleich daneben steht oder schwebt eine Plastik, die das Zitat ebenfalls aufnimmt. In jedem Fall wird mit dem künstlerischen Triple am Kasinokreisel in Elberfeld ein Highlight für Besucher entstehen – und für diejenigen, die hier einfach gerne leben.



Fahrrad selber kaufen

ABO

geschenkt

■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die Grüne Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken.

Name

Anschrift

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, daß bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.

Mein Freund, der Baum, ist tot: Beispiel Düsseler Höhe

■ Nach Abschaffung der Baumschutzsatzung durch CDU, SPD und FDP



Foto: privat



Foto: privat

„Si, yo quiero!“



Wir gratulieren dem 962ten Ehepaar in Wuppertal Sonja und Christoph

Ratschronik 11.06.2007

Sparkassen in Gefahr

Der Entwurf der Landesregierung für ein neues Sparkassengesetz birgt viele Gefahren, die die GRÜNEN in einem Antrag aufgelistet haben. Sie fordern den Rat auf, sich gegen das geplante Gesetz und für den Erhalt der Sparkassen einzusetzen. CDU/SPD konnten sich nur zu einer abgeschwächten Resolution durchringen.

Gerechtere Kosten im Baurecht

Dieser GRÜNE Antrag soll für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. EigentümerInnen sollen sich an den Folgekosten beteiligen, wenn auf ihrem Grundstück eine Straße gebaut wird oder eine Grünfläche entsteht. Die Stadt spart dadurch Geld und kann zusätzliche Einnahmen erzielen, etwa für die Sanierung des Altbaubestandes. Der Rat hat den Antrag inhaltlich einstimmig beschlossen.

Mehr Demokratie beim Wählen

Die GRÜNEN wollen, dass „die WählerInnen mehr Einfluss darauf bekommen, welche KandidatInnen tatsächlich in den Rat einziehen“, so Gerta Siller, Fraktionssprecherin der GRÜNEN. In einem Antrag fordern sie das Prinzip Kumulieren und Panaschieren

und stützen damit die Volksinitiative „Mehr Demokratie beim Wählen“, die ebenfalls für ein demokratischeres Kommunalwahlrecht in NRW kämpft. In 13 Bundesländern wird schon seit Jahren so verfahren. Trotzdem lehnte die Ratsmehrheit den GRÜNEN Antrag ab.

Schulessen für ärmere Kinder bezahlen!

Kinder, die zur Ganztagschule gehen, bekommen dort ein kostenpflichtiges Mittagessen. Hartz IV-Familien erhalten dafür zwar einen Zuschuss, der aber reicht bei weitem nicht aus. Das Saarland fordert bereits eine Bundesratsinitiative, um diesen Zustand in ganz Deutschland zu ändern. In ihrer Resolution fordern die GRÜNEN die nordrhein-westfälische Landesregierung auf, dieses Verfahren ausdrücklich zu unterstützen. Die anderen Fraktionen schlossen sich an, der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

JVA ja, aber nicht auf Scharpenacken

Große, überbelegte Gefängnisse machen es schwer, Strafgefangene während der Haftzeit zu resozialisieren. Die GRÜNE Ratsfraktion begrüßt deshalb grundsätzlich die Planung

einer neuen Justizvollzugsanstalt in Wuppertal, hält jedoch eine deutlich kleinere Haftanstalt für sinnvoller. Wo JVA, aber auch Justizvollzugsschule und Bereitschaftspolizei hin sollen, nämlich in ein Landschaftsschutz- und Naherholungsgebiet, zerstören sie wertvolle Biotope und den Lebensraum von Pflanzen- und Tierarten. Die GRÜNEN haben deshalb in einem Antrag gefordert, auch dezentrale Alternativstandorte zu überprüfen. CDU und SPD versteifen sich aber auf einen gemeinsamen Standort für JVA, Schule und Polizei. Ein umfangreicher Fragenkatalog der GRÜNEN soll Klarheit schaffen, etwa über die optimale Größe einer Haftanstalt, über die zu erwartenden neuen Arbeitsplätze oder den Umgang mit preiswertem Landschaftsschutzgebiet. Diese Informationen liegen den Fachgremien bisher nicht vor, die Antworten der Verwaltung ließen viele Fragen offen.

Gute Wasserqualität muss sein!

Gemeinsam mit CDU und SPD wenden sich die GRÜNEN dagegen, dass die Landesregierung wasserverbandsrechtliche Vorschriften ändern will, was die gute Wasserqualität in Wuppertal gefährdet.

Hochspannungsmast nachlässig geflickt

Am 18. Januar wütete der Orkan Kyrill durch Deutschland und hinterließ schwerste Schäden. Doch längst nicht alle wurden ordentlich behoben. Ein abgebrochener Teil der Traverse eines über 50 Jahre alten Velberter Hochspannungsmastes wurde nur notdürftig mit drei Spannseilen gesichert. Monate lang begnügte sich die WSW Netz GmbH

mit diesem völlig unzureichenden Provisorium. Jetzt plötzlich wurde der Hochspannungsmast fachkundig repariert - nachdem die GRÜNE Landtagsfraktion die Landesregierung im Juni fragte, ob dieses Provisorium ihrer Meinung nach mit den Vorschriften zum sicheren Betrieb von Hochspannungsleitungen vereinbar sei.



Foto: privat

Ratschronik 03.09.2007

Schulmittagessen

Die GRÜNEN beantragten, dass das Mittagessen für bedürftige Kinder verlässlich bezahlt wird. Bis Land oder Bund das übernehmen, soll die Stadt Wuppertal dafür sorgen. Die Koalition aus CDU und SPD lehnte ab.

Anfrage Eskesberger Bach

Die GWG will am Eskesberger Bach Einfamilienhäuser bauen. Die Bezirksvertretung Elberfeld-West hat sich bereits dagegen ausgesprochen. Die GRÜNEN fragten im Rat nach dem Stand der Planungen. Ergebnis: Die Verwaltung prüft aktuell, ob extra Baurecht geschaffen werden soll.

Klimaschutz in der Bauplanung nicht erwünscht

Bereits im Juni hat die Fraktion Bünd-

nis 90/DIE GRÜNEN mit Hinweis auf ein Rechtsgutachten des Klima-Bündnisses - dem auch Wuppertal angehört - eine Ratsinitiative für mehr Klimaschutz bei Bauvorhaben gestartet. CDU und SPD folgten der Forderung von Oberbürgermeister Jung: Sie lehnten es mit fadenscheinigen Gründen ab, Klimaschutz in die Bauleitplanung aufzunehmen.

Appell für höhere Hartz IV-Regelsätze

Die GRÜNEN beantragten im Rat einen Appell an Landes- und Bundesregierung für höhere Hartz IV-Regelsätze, die sich an den tatsächlichen Lebenshaltungskosten orientieren. Gestiegene Kosten für Energie und Lebensmittel schlagen bei ärmeren Haushalten sofort durch. Auch ein

Schulmittagessen für Kinder ist so immer schwerer zu finanzieren. CDU und SPD wollten sich dem GRÜNEN Antrag nicht anschließen.

CDU und SPD gegen mehr Beteiligung

DIE GRÜNE Fraktion stellte den Antrag, für Wuppertal einen Bürgerhaushalt aufzustellen. Zu den diesjährigen Haushaltsberatungen sollte es Informations- und Diskussionsveranstaltungen für BürgerInnen geben, damit sie demnächst eigene Sparvorschläge einreichen können. Konkrete Bürgerbeteiligung wirkt schließlich auch gegen Politikverdrossenheit. CDU und SPD haben sich gegen diese Form von Bürgerbeteiligung gewandt und den Antrag abgelehnt.

Resolution Kinderbildungsgesetz „KiBiz“

Die GRÜNE Ratsfraktion lehnt das geplante NRW-Kindergartengesetz ab, denn es bringt nur Verschlechterungen. Eine entsprechende Resolution fordert die schwarz-gelbe Landesregierung auf, das KiBiz abzulehnen oder zumindest in den Kernpunkten zu korrigieren. Das hieße: Elternbeiträge senken, eine Obergrenze für die Gruppengrößen, ein klar definiertes Verhältnis von Kinderzahl zu ErzieherIn und landesweite Standards bei der Betreuungsqualität. Die Diskussion und Beschlussfassung über den Antrag wurde auf eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschuss am 17.09.2007 zum Thema KiBiz verschoben.

Kommunal- und Bundestagswahl an einem Tag!

Die schwarz-gelb geführte Landesregierung NRW plant für 2009 getrennte Wahltermine für die Bundestags- und die Kommunalwahl. Die GRÜNE Fraktion beantragt, dass der Rat der Stadt einen gemeinsamen Wahltermin fordern soll. Die Gründe: die Wahlbeteiligung für die Kommunalwahl ist dann höher und die Trennung der Wahlen kostet allein für Wuppertal weit über 300.000 Euro. Außer der CDU (die oft von einer niedrigen Wahlbeteiligung profitiert) stimmten alle Fraktionen dem GRÜNEN Antrag zu, der damit die erforderliche Mehrheit erhielt. Zum ersten Mal während der schwarz-roten Kooperation in Wuppertal stimmten CDU und SPD unterschiedlich. Weiter so!